Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

78 (4.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 78 | Montag, den 4. April 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Nach Ablauf des Osterfriedens setzte am Sonntag in allen Teil des Reiches der Kampf um die Reichspräsidentenwahl mit zahlreichen Kundgebungen wieder ein. Hitler sprach in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen. Thälmann sprach in Chemnitz. In Kiel, Altona, Chemnitz und Berlin kam es zu schweren politischen Zusammenstößen, bei denen mehrere Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte zu verzeichnen waren. Die Polizei nahm eine Reihe an den Schlägereien beteiligte Personen fest und stellte in allen Fällen die Ordnung wieder her.

Die 19. kantonesische Armee befindet sich in offenem Kampf mit der 47. Division Tschiangkeischeks, welche versuchte, die Kantonesen zu entwaffnen. Die neutralen Militärbehörden haben eine Zusammenkunft der Oberbefehlshaber der beiden feindlichen chinesischen Armeen zustandegebracht, die in den nächsten Tagen stattfinden soll.

In den zwischen den chinesischen und japanischen Vertretern geführten Verhandlungen ist vereinbart worden, daß die Japaner mehrere Teile von Tschapei, der östliche Teil Kiangwans und die Rennbahn, das Dorf Wusung und den Bezirk Jansupu räumen sollen. Die Räumung wird von einer gemischt chinesisch-japanischen Kommission überwacht werden und muß im Laufe eines Monats erfolgen.

Am Montag beginnt in Moskau der Prozeß gegen die Attentäter Stern und Wasiljew, die den Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowsky verübt haben. Die Anklage verlangt für die beiden Täter die Todesstrafe.

Am Sonntag fand in Rom die feierliche Eröffnung des nach Goethe benannten Instituts für germanistische Studien in Anwesenheit Mussolinis statt. An dem Zustandekommen des Instituts sind neben Italien, Deutschland und Oesterreich auch die Schweiz, Holland und die skandinavischen Länder beteiligt.

Der deutschen Delegation für die Londoner Viermächte-Konferenz wird neben Staatssekretär von Bülow unter anderem Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium angehören.

Die erste Sitzung der Viermächtekonferenz soll am Mittwoch den 6. April nachmittags stattfinden.

Die Deutsche Volkspartei wird mit eigenen Listen in die Preußenwahlen gehen und sich an keinen Wahlbündnissen der Mittelparteien beteiligen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu mit seinem Finanzminister Flandin traf am Sonntag in London ein, wo sie von Macdonald empfangen wurden.

Der Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, wird am Montag in Berlin eintreffen.

In der Mandschurei sind erneut schwere Kämpfe ausgebrochen. Nach Telegrammen begann eine allgemeine Offensive gegen das nordwestlich von Tschangtschun gelegene Nungan.

Außenpolitik und Präsidentenwahl

Von Graf Westarp

Solange Deutschland durch das Versailler Diktat mit den Kriegsschuldlügen belastet, an seinen Grenzen verstümmelt, wehrlos gemacht und vernichtender Tributknechtschaft unterworfen ist, ist der Blickpunkt, auf den alle innen- wie außenpolitische Arbeit eingestellt werden muß, das Ziel, die Freiheit wieder zu erringen. Das gilt ganz besonders auch für die Einstellung zur jetzigen Reichspräsidentenwahl. Sie fällt in die Stunde letzter und schwerster Entscheidungskämpfe um die Kriegsschuldlüge und ihre Auswirkungen. Längst geschichtlich widerlegt und moralisch verurteilt, wird sie um so zäher von Frankreich als Grundlage seiner Politik festgehalten. Unter Berufung auf sie will man uns dasselbe Maß von Rüstung und Rüstungsfreiheit vorenthalten, das unsere Nachbarn haben, und uns auf Generationen hinaus Tribute aufhalsen lassen, an denen unsere Wirtschaft verblutet. Darum geht der Kampf dieses Sommers in Genf und Lausanne. Die Abrüstungskonferenz soll endgültig entscheiden, ob der Vertrag erfüllt werden soll, nach welchem die Entwaffnung des Versailler Diktates nur der erste Schritt der allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen sein sollte. Jedem Kompromiß, das diesem Anspruch nicht gerecht wird, muß Deutschland sein Nein entgegensetzen, entschlossen, die weiteren völkerrechtlichen und politischen Folgen aus der Tatsache zu ziehen, daß dann das Versailler Entwaffnungsabkommen durch Nichterfüllung der anderen Vertragspartner seine Gültigkeit verloren hat.

Ein gleiches **entschlossenes Nein** muß für die Tributkonferenz ins Auge gefaßt werden. Anerkannt ist, daß Deutschland am 1. Juli weder geschützte noch ungeschützte Annuitäten weder aufbringen noch transferieren kann. Umstritten ist die Frage, ob Deutschland sich verpflichten soll, in Zukunft den die Weltwirtschaft zerrüttenden und Deutschlands Katastrophe verewigenden Wahnsinn der Tributzahlungen wieder aufleben zu lassen. Das Nein des Reichskanzlers Brüning ist im Januar ausgesprochen; im Reichstag am 24. Februar wiederholt. Dieses deutsche Nein wird vom ganzen Volke gefordert. Es stellt höchste Anforderungen an den Vertreter Deutschlands, legt aber auch denen, die es fordern, ernste Pflichten auf. Hinter jedem Vertreter Deutschlands, mag er Brüning oder anders heißen, muß der Wille der Nation stehen. Dazu genügt nicht, sich durch starke Worte, die zum Widerstande gegen den äußeren Feind aufrufen, den Beifall großer Versammlungen zu sichern.

Deshalb müssen wir uns darübr klar sein, zu welchen schweren, durch unsere Wehrlosigkeit und die wirtschaftliche Katastrophe bedingten Gefahren die außenpolitischen Konflikte führen können, die an dem von uns geforderten Nein entstehen. Im O s t e n brennt die Grenze. Der Herr Reichspräsident hat den Ostpreußen auf einer Kundgebung des Provinzialausschusses zugerufen: „Ihr Gelöbnis, die Heimat bis zum äußersten verteidigen zu wollen, erwidere ich mit dem Versprechen, daß ich den deutschen Ostlanden in ihrem Kampf gegen jede nur mögliche Drohung mit allen Kräften beistehen werde.“ So ernste Worte spricht der Herr Reichspräsident nicht aus, ohne gleich ernsten Anlaß. Auch im W e s t e n liegt das Land bis 50 Kilometer diesseits des Rheines wehrlos hinter offener und ungeschützter Grenze. Ein neuer Einfall an Ruhr und Rhein würde ein noch offenbarerer Rechtsbruch, ein noch schwereres Verbrechen, ein noch törichterer, zum Mißerfolg bestimmter Fehler sein als 1923. Das Vertrauen aber, daß Recht und politische Vernunft ein wehrloses Land gegen den Angriffswillen seines schwer gerüsteten Nachbarn schützen, ist geringer denn je.

Wenn beim etwaigen Scheitern der Juniverhandlungen die politischen und privaten Forderungen des Auslandes wieder einsetzen oder selbst wenn irgend eine außenpolitische Verhandlungs-Krise einen neuen Ansturm auf Deutschlands Zahlungsmittel herbeiführt, so werden Maßnahmen erforderlich sein, die, wie ein Auslandsmoratorium schwere Verschärfung wirtschaftlicher Krisen im Gefolge haben können. So ernst und drohend die Lage ist, kann sie uns doch nicht veranlassen, an dem deutschen Nein gegen unzulängliche Lösungen und unmögliche Zumutungen rütteln oder zweifeln zu wollen. Nur mit großem Einsatz, nur mit der Bereitschaft auch zu neuen Opfern kann der Kampf dieses Sommers gewonnen werden. Aber wir müssen den Einsatz kennen und der Gefahr offenen Auges entgegentreten.

Das ist die Stunde, in der ein neuer Reichspräsident gewählt werden muß. Gebieterisch fordert sie, daß dabei alles geschieht, um Deutschlands Stellung im Auslande zu verbessern und seine Kraft und Geschlossenheit im Innern für die bevorstehenden schweren Zeiten zu stärken. Großer Schaden ist im ersten Wahlgange geschehen. Während bei uns der Wahlkampf tobte, hat Herr Tardieu, einer der gewiegtesten parlamentarischen Taktiker und Kenner des Genfer Fuchsbaues, seine Arbeit getan. Die Tributkonferenz ist hinausgeschoben. Die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der französischen Sicherheitsforderung und des deutschen Rüstungsanspruches ist für Deutschland möglichst ungünstig gestaltet. Tardieu hat, was noch wichtiger ist, die in Genf anwesenden Staatsmänner der anderen Länder auf seine Seite zu ziehen gesucht, um Frankreich aus seiner Isolierung herauszuführen und Deutschland in sie hineinzustoßen. Er ist mit dem Plane hervorgetreten, die Donauländer unter Ausschluß Deutschlands zusammenzuschließen. Das wirksamste Mittel aber, um Deutschland in solche Lagen zu bringen, war der Hinweis auf seine Zerrissenheit, auf die Zerfleischung des deutschen Volkes durch innerpolitischen Machtkampf und nicht zuletzt auf die Unsicherheit der deutschen Regierungsverhältnisse. Mit Recht wurde aus Genf berichtet, es sei ein kaum wieder gutzumachender Fehler, daß der deutsche Reichskanzler und Außenminister durch den Wahlkampf behindert, nicht schon in diesem Stande der Verhandlungen das ganze Schwergewicht seiner Persönlichkeit selbst einsetze. Die stärkste Hemmung des Kanzlers war doch nicht die örtliche Entfernung und zeitliche Behinderung, sondern die durch den Wahlkampf herbeigeführte Schwächung seiner Autorität. Indem die nationalsozialistische und deutschnationale Partei die Präsidentenwahl zum Kampf gegen die Regierung Brüning ausgestalteten, entzogen sie dem deutschen Vertreter den Boden unter den Füßen. Der Wahlausgang vom 13. März hat bis zu einem gewissen Grade die außenpolitische Situation entlastet. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß gerade jetzt innere Wirren eines Machtkampfes um die Regierungsgewalt uns eine außenpolitische Niederlage bringen würde, die für Jahrzehnte entscheidend sein kann.

Im Auslande hat der Name H i n d e n b u r g ein Ansehen, das durch nichts anderes ersetzt werden kann. Hindenburg verkörpert dasjenige Deutschland, das das Ausland noch achtet an dessen Wille zu Ehre und Freiheit der Nation, an dessen politische Zukunft es glaubt. Dieser Wert aber kann nur dann voll eingesetzt werden, wenn auch die nationale Opposition sich hinter den Führer der Nation stellt. Im Innern aber muß ein einmütiges, gerade von den Kreisen der nationalen Rechten getragenes Bekenntnis zu dem Vorbilde treuer Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und zu der Volksgemeinschaft, für die der Reichspräsident v. Hindenburg so oft seine Stimme erhoben hat und sich mit persönlich schwersten Opfern zur Verfügung gestellt hat, zu einer neuen Quelle der Kraft werden, die unser Volk in der bevorstehenden Zeit nur zu nötig gebrauchen wird. So mancher mag in trüben Stunden geneigt sein, mit dem Geschicke zu hadern, das über Deutschland verhängt ist. Wir schulden der Vorsehung Dank, daß sie uns in dem Namen und in der kraftvollen Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ein nationales Gut von höchstem Wert verliehen und bis heute belassen hat, wir haben die Pflicht, es im Ringen um die Befreiung des Vaterlandes von fremdem Joch auch einzusetzen.

Aus der Wahlbewegung

Vertreter der Hindenburgausschüsse beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. April. Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag als Vertreter der Vereinigten Hindenburgausschüsse die Herren Landrat a. D. **Gereke** und Graf **Westarp** zu einer Besprechung über die Vorbereitungen der zweiten Präsidentenwahl.

Stahlhelm und Reichspräsidentenwahl

Berlin, 3. April. Wie die „Landvolknachrichten“ erfahren, stellt sich Reichspräsident v. **Hindenburg** nachdrücklichst vor diejenigen Stahlhelmmitglieder, die ihm im ersten Wahlgang die Treue gehalten haben und die deshalb vom Stahlhelm gemaßregelt worden sind. **Er habe die Bundesleitung des Stahlhelms aufgefordert, ihm mitzuteilen, ob sie bereit sei, die Maßregelungen zurückzunehmen.**

Zwölf Beamtenverbände für Hindenburg

Berlin, 3. April. Zwölf Fachverbände der Deutschen Beamtenschaft, die dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossen sind, veröffentlichen einen Aufruf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Es heißt in diesem „an die deutsche Beamtenschaft“ gerichteten Appell u. a., es gehe für die Beamtenschaft um ihre Rechte, die sie in jahrelangem Ringen erkämpfen mußten. Aus den Vorgängen in Braunschweig sollten die Beamten lernen, wo man den Polizeibeamten das Koalitionsrecht rücksichtslos genommen habe. Hindenburg habe ein leuchtendes Beispiel selbstloser Hingabe und Pflichttreue für Volk und Vaterland gegeben. Hindenburg sei nicht Repräsentant einer Partei, sondern Repräsentant des deutschen Volkes.

Die Gewerkschaften zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 3. April. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erlassen zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden. Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig.“

Der thüringische Landbund gegen Hitler

Weimar, 3. April. Der Gesamtvorstand des thüringischen Landbundes hat sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Stellungnahme des Reichslandbundes zum zweiten Wahlgang ausgesprochen und die Stimmabgabe bei der Wahl „dem gesunden Sinn seiner Bauern“ überlassen, da „die Parole für Hitler jeden deutschen Bauern in Gewissenskonflikte bringen müsse“.

Kampfruf der Eisernen Front

Berlin, 3. April. Die Reichskampfleitung der **Eisernen Front** erläßt zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl einen Aufruf mit der Parole: „Schlagt Hitler, mehr Stimmen für Hindenburg!“ In dem Aufruf heißt es u. a.: Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale Bedeutung. Er muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

„Eine unerhörte Verdächtigung“

Berlin, 3. April. Unter der Ueberschrift „Eine unerhörte Verdächtigung“ muß der **Völkische Beobachter** eine Auflage-Nachricht veröffentlichen. In dieser wird die Meldung des Völkischen Beobachters über eine angebliche Geldverteilung in Dietrammszell aus der Hindenburg-Spende als eine niederträchtige Wahllüge bezeichnet. Dazu erklärt der Völkische Beobachter, daß es ihm ferngelegen habe, den Ausdruck „Hindenburg-Spende“ in Bezug auf die gleichnamige Stiftung des Herrn Reichspräsidenten zu gebrauchen.

Für Hitler

Aufruf der Vaterländischen Verbände für Hitler

München, 3. April. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht heute einen Aufruf der Vaterländischen Verbände Deutschlands und des Reichslandbundes, in dem eingangs

die nationalsozialistische Bewegung als „die größte deutsche Freiheitsbewegung seit hundert Jahren“ bezeichnet wird. Keine Sentimentalität, so fährt der Aufruf fort, dürfe die, an die er sich wendet, von der Not des Vaterlandes ablenken, auch der Name Hindenburg nicht. Die Verhältnisse der Jetztzeit, die der Aufruf als Folge der seit November 1918 betriebenen Politik hinstellen will, müßten jeden Gegner veranlassen, sich im zweiten Reichspräsidentenwahlgang für „den einzigen Gegenkandidaten gegen das System, Adolf Hitler, zu entscheiden“. „Wir haben kein Verständnis dafür, — so sagt die Kundgebung — wenn ein Düsterberg-Wähler zum Hindenburg-Wähler und damit eine Stütze des schwarz-roten Systems wird.“ Von den Unterzeichnern seien u. a. genannt: General v. Below-Kassel, Geheimrat Prof. Dr. Bier-Berlin, Generaldirektor Dr. Borbet-Bochum, Bergwerksdirektor Kuers-Essen, Kontreadmiral Levetzow-Weimar und Friedrich Fürst zu Wied-Neuwied a. Rh.

Der ehemalige Kronprinz für Hitler

Berlin, 3. April. Der frühere preußische Kronprinz erläßt folgende Kundgebung: „Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“

Adolf Hitler in Leipzig

Leipzig, 3. April. Adolf Hitler traf am Sonntag nachmittag in den Hallen des Ausstellungsgeländes der Technischen Messe vor etwa 50 000 Zuhörern ein. Er führte aus, es gebe für seinen Kampf vielleicht überhaupt keine bessere Rechtfertigung als die Tatsache, daß die Parteien des gegenwärtigen Systems nach fast 14jähriger Herrschaft nicht Positives an Leistungen vorzeigen könnten. Sie sagen, erklärte Hitler, wir würden der Bürgerkrieg sein. In einem Deutschland, in dem wir herrschen, wird es keinen Bürgerkrieg geben. Sie sagen, wir seien das Chaos, in einem Deutschland das unsere Fahnen trägt, tritt wieder vollständige Disziplin, Ordnung und Gesetz des Lebens ein. Sie sagen weiter, der Nationalsozialismus bedeute die Inflation. Wenn es unseren Gegnern vor der Inflation wirklich so ernst wäre, warum ziehen sie nicht selbst diejenigen zur Verantwortung, die einst Inflation gemacht haben? Unsere Gegner können uns knebeln. Sie können unsere Zeitungen verbieten, unsere Flugblätter beschlagnahmen. Sie können Redeverbote aussprechen und uns den Rundfunk versagen, aber eins werden sie nie erreichen, daß ich den mit ihnen geführten Kampf um das Deutschland der Moral, der Ordnung und der Disziplin aufgebe. Wir kapitulieren niemals. Ich werde kämpfen am 10. April, am 24. April und ich werde kämpfen in 10 Jahren, bis der Sieg errungen ist. Ob das Schicksal mich ausersehen hat, diesen Kampf siegreich zu bestehen, überlasse ich dem Allmächtigen. Ich möchte jedenfalls mit meinem Fleiß, durch meine Arbeit und durch meine Beharrlichkeit mir das Recht selbst verschaffen, diesen Kampf zu Ende zu führen.

T.U. **Chemnitz**, 3. April. Zu der Hitler-Kundgebung hatten sich etwa 60 000 Menschen eingefunden. Hitler traf gegen 19 Uhr im Auto von Leipzig ein und schritt die Front der nationalsozialistischen Formationen ab. Hitler führte etwa folgendes aus: Unsere Gegner mögen uns die Macht 13 Jahre lang geben und wir werden ihnen zeigen, wie man Deutschland aus dem Chaos herausführt. Ich glaube an ein Deutschland, das wieder groß, frei und stark sein wird. Ich glaube an ein deutsches Volk, das den Klassenhaß überwinden und wieder ein Volk von Deutschen sein wird. Ich glaube, das deutsche Volk wieder zurückzuführen, zu Größe, Macht und Stärke und ich glaube an dieses Deutschland, das durch unsere Arbeit entstehen wird.

Warum werde ich so leicht müde?

Da sitzt man und soll arbeiten — und plötzlich kommt man sich so rätselhaft abgespannt und matt vor . . . Was ist das bloß? Muß das sein? Kann man sich das leisten?! Natürlich kann die Müdigkeit viele Ursachen haben. Oft liegt sie aber einfach daran, daß es Körper und Nerven an Kraft fehlt. Versuchen Sie es also einmal mit einer richtigen Kraftzufuhr, trinken Sie zum Frühstück Ovomaltine. Sie merken sofort, daß Ovomaltine etwas besonders Gutes ist. Sie enthält nur die wertvollen Bestandteile von Malz — Milch — Eiern und Kakao und schmeckt in Milch, Kaffee oder Tee gelöst vorzüglich.

Schon mit einer Dose zu RM. 1.15 aus der nächsten Apotheke oder Drogerie können Sie einen Versuch machen. Wollen Sie aber erst eine kostenlose Geschmacksprobe, so erhalten Sie diese von **Dr. A. Wander G. m. b. H., Abt. 72, Osthofen Rheinhessen.**

Viermächte-Konferenz am 6. April

London, 2. April. Die erste Sitzung der Viermächte-Konferenz in London wird, wie von maßgebender Stelle verlautet, am Mittwoch dem 6. April nachmittags im Foreign Office stattfinden.

*

Zusammensetzung der deutschen Delegation für London

Berlin, 2. April. Der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz werden angehören: Staatssekretär von **Bülow**, Ministerialdirektor **Posse** vom Reichswirtschaftsministerium, Vortragender Legationsrat Wiehl, Vortragender Legationsrat von Heeren und Attache Dr. Kordt. Die Delegation wird Berlin voraussichtlich am Dienstag verlassen.

*

Die französische Abordnung in London

T.U. **London**, 3. April. Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin, die am Sonntag vormittag Paris verließen, wurden bei der Ankunft in London von Ministerpräsident Macdonald, Außenminister Simon und dem Unterstaatssekretär im Außenministerium, Vansittart, begrüßt. Nachdem eine Französin Tardieu einen Rosenstrauß überreicht hatte, begab sich der größte Teil der französischen Abordnung nach dem Hyde-Park-Hotel, während einige französische Vertreter nach der französischen Botschaft fuhren.

*

Pertinax über die Aufgaben der französischen Abordnung

Pertinax über die Aufgaben der französischen Abordnung.

T.U. **Paris**, 3. April. Pertinax unterstreicht im „Echo de Paris“ noch einmal die Aufgaben, die den französischen Unterhändlern auf der Londoner Konferenz zufallen. Er legt dabei besonderen Nachdruck auf die Bedeutung einer Verständigung mit Deutschland und Italien. Diese beiden Mächte müßten dahin gebracht werden, die Einladung an die fünf Donaustaaten zu unterzeichnen, ohne ihnen Bedingungen zu stellen. Wenn dies nicht gelinge, könne man schon jetzt von einem Mißerfolg der Konferenz sprechen. England sei das erste Land, das die Folgen davon tragen müsse, weil seine in Ungarn und Oesterreich investierten Kapitalien die Rückwirkungen eines derartigen Fehlschlages fühlen müßten. Auf der Londoner Konferenz werde nicht zum letzten Male die Notwendigkeit einer unbedingten Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England zutagetreten. Beide Länder seien die einzigen Großmächte, die nicht gegen die Neuordnung in Europa und die internationalen Verträge arbeiteten.

*

Macdonald über das Programm der Londoner Konferenz

T.U. **London**, 3. April. Am Sonntag abend gab Ministerpräsident Macdonald vor Vertretern der englischen und ausländischen Presse nach der ersten Besprechung mit Tardieu folgende Erklärung ab: Der Besuch Tardieus bereitet mir eine sehr große Freude. Wir sind so etwas wie alte Freunde und vertreten im Augenblick zwei Staaten, die eine herzliche Zusammenarbeit mit allen anderen europäischen Nationen bei der Behandlung der ungeheuren Probleme, insbesondere der wirtschaftlichen, die nicht nur Europa, sondern die ganze Welt berühren, durchführen soll. Ich habe immer den größten Wert auf persönliche Fühlungsnahme in der Diplomatie gelegt und ich glaube, daß solche nötiger denn je ist wegen der sehr verquickten und intimen Natur der Probleme, denen sich England gegenübersehen wird. Die Tage der bequemen Korrespondenz und des Austausches von Schreiben und Noten sind vorüber. Der Friede der Welt muß heute durch Konferenzen aufrecht erhalten werden. Ich bedauere, so sagte Macdonald, daß in den Zeitungen gewisse Verdächtigungen des Zusammenhangs mit der Zusammenkunft zwischen Tardieu und mir ausgesprochen zu sein scheinen. Ich möchte sagen, daß niemals Grund zu einer Berechtigung für diese Verdächtigungen vorhanden war. Die Absichten der englischen Regierung sind ehrlich und sie ist stark daran interessiert, daß mit gutem Willen an der internationalen Zusammenarbeit für die Lösung der Probleme gearbeitet wird. Ein Land allein kann dies nicht tun und zwei Länder können es auch nicht tun. Die Politik, die wir ausarbeiten, ist ein Politik drr Zusammenarbeit mit jedermann, der den Frieden erstrebt und der gewillt ist, sein ganzes Gewicht für die Anstrebung zur Erhaltung des Friedens in die Waagschale zu werfen. Wir versuchen soeben, Hilfe zu bringen und wenn irgend jemand in England oder im Ausland bestrebt ist, zum Zwecke der Verkümmerung oder für irgend etwas anderes mißgünstig zu sein, so mag er selbst offen erklären, daß er sich praktischen Schritten widersetze, die ergriffen werden, um den Frieden zu sichern und die Wohlfahrt aufrecht zu erhalten. Für diesen Wunsch kommen vier Mächte in London zusammen, um die wirtschaftlichen Fragen der Donaustaaten zu erörtern. Es gibt keine Vereinbarungen und Entwürfe oder im Voraus festgelegte Vorschläge. Die an der Konferenz vertretenen Mächte sind in gleicher Weise und in jeder Hinsicht frei, beizusteuern, wie auch immer die endgültigen Vereinbarungen sein mögen. Wir wollen eine Vereinbarung, so sagte Macdonald, die im Interesse und für das Wohlbefinden jeder der betroffenen Nationen vereinbar ist. Das ist allein der Zweck derjenigen von uns, die die Konferenz zustande gebracht haben.

*

Ein Vorschlag Macdonalds zum Wiederaufbau Europas an Amerika?

T.U. **London**, 3. April. Die Stimmung in französischen Kreisen ist nicht allzu hoffnungsvoll. Der Gedanke, daß es zu festen Vereinbarungen zwischen Tardieu und Macdonald kommen könnte, ist ziemlich aufgegeben worden. Aus englischer Quelle verlautet, daß Macdonald seinen Plan mit Rücksicht auf Amerika angelegt hat, um späterhin mit einem großangelegten Vorschlag an Amerika zum Wiederaufbau Europas herantreten zu können und damit Einfluß auf die amerikanische Stimmung in der Schuldenfrage zu gewinnen.

Die ganze Atmosphäre der Londoner Besprechungen kann man als ernst bezeichnen. Allen Beteiligten ist in den ersten Stunden der Verhandlungen am Sonntag klar geworden, daß es sich um die wichtigsten Fragen handelt, die Europa angehen und daß versucht wird, eine neue Grundlage zu finden, um dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenzutreten.

*

Tributeinigung Tardieus mit Macdonald?

T.U. **London**, 3. April. Zu der Tardieu-Macdonald-Zusammenkunft schreibt „Sunday Dispatch“, daß das Hauptziel Tardieus eine Vereinbarung mit Macdonald über die Tribute sei. Die Franzosen würden eine Verlängerung des Moratoriums vorschlagen, während Macdonald an dem Standpunkt Englands festhalte und auf eine endgültige Streichung der Tribute hinarbeiten wolle. Der englische Ministerpräsident werde im Laufe der nächsten Tage auch mit den Vertretern Italiens und Deutschlands die Frage der Abrüstung, sowie die der Kriegsschulden und Tribute besprechen. — Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ erwartet, daß die Erörterungen sich ebenfalls auf den Einschluß Bulgariens in den Donauplan erstrecken werden.

*

Bedeutsame Rede Baldwins

T.U. **London**, 2. April. Der Präsident des englischen Staatsrates, Baldwin, erklärte auf einer konservativen Versammlung in Worchester, er hoffe, daß die Verhandlungen des englischen und des französischen Ministerpräsidenten über den Donaubund erfolgreich verlaufen möchten. Er hoffe ferner, daß die nachfolgende Viermächtekonferenz und später die Verhandlungen mit den Donaustaaten selbst dem Handel größere Freiheit über ein weites Gebiet in Europa geben möge. Baldwin beschäftigte sich dann mit der bevorstehenden Weltreichskonferenz in Ottawa, von der er erwarte, daß sie die Grundlage zu einer klareren wirtschaftl. Verbindung innerhalb des Weltreiches lege als sie heute bestehe. Noch nie habe es eine Konferenz gegeben, die bessere Möglichkeiten geboten habe. Es würde großes Uebel bedeuten, wenn diese Möglichkeiten nicht ausgenutzt würden. Englands Bestimmung ist es, so erklärte Baldwin, einer Weltwirtschaftsunion mit unserem eigenen Fleisch und Blut zuzustreben. Wenn das nicht erreicht werden kann, so ist es gut möglich, daß wir gezwungen werden, unsere Blicke nach Europa zu richten. Es ist ferner möglich, daß gewisse Teile des englischen Weltreiches in einem halben Jahrhundert weit von ihren jetzigen Brüdern abgetrieben werden, wenn sie nicht in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse diesem engeren Zusammenschluß untereinander zustreben.

Baldwin wandte sich dann gegen die Behauptung, daß die englische Regierung durch die Einführung des Zolltarifes England auf ewig dem Protektionismus verschrieben habe. „Nichts ist ewig“, so sagte Baldwin, „ausgenommen die menschliche Verrücktheit“. Der Zolltarif werde ausschließlich nach seinen Erfolgen beurteilt werden.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So konnte auch Elli Brunke, die in der Lage gewesen wäre, aufsehenerregende Angaben zu machen, — weil sie gar nichts davon erfuhr und erst recht nicht befragt wurde, — nicht auf den Gedanken kommen, daß ihre zufällige Beobachtung von einer ganz besonderen Bedeutung war.

10. Kapitel.

Seit dem großen Rennen auf dem Nürburgring waren Wochen vergangen. Aus dem Probeengagement, das Reichlin mit Helling geschlossen, war ein festes Abkommen auf lange Dauer geworden. Aber nicht im Automobilwesen fand Dieter sein Betätigungsfeld, sondern Reichlin hatte ihn, seiner ursprünglichen Absicht folgend, ganz dem Flugwesen zugeführt.

Dieter hatte sein Berliner Heim aufgegeben, in der Landhauskolonie der Reichlin-Werke ein nettes kleines Häuschen bezogen, und beschäftigte sich ausschließlich damit, das neue Reichlinsche Flugzeug mit dem glänzend bewährten Motor einzufliegen.

Die bisherigen Uebungsflüge hatten die hohe Qualität des Motors und die vortreffliche Eignung des Flugzeugs bestätigt. Ein Pendelflug von vierundzwanzigstündiger Dauer verlief zur vollsten Zufriedenheit.

Damit war für Reichlin der Zeitpunkt gekommen, an die Ausführung des Projektes zu gehen, von dem er sich soviel für die Zukunft versprach.

Dieter saß ihm im Chef-Büro gegenüber und vernahm von der großen Aufgabe, mit der Reichlin ihn betrauen wollte. Es gab für ihn kein Zögern. Er wußte, was der Motor hergab und was er dem Flugzeug und sich zutrauen konnte.

„Es ist selbstverständlich, Herr Helling, daß jede nur denkbare Sicherung getroffen wird, damit ein Mißlingen so gut wie ausgeschlossen ist. Das beliebige Landen mit Rädern oder Schlittenkufen, die ebensogut als Schwimmer verwendet werden können, und der Einbau einer hochwertigen Funkanlage sollen Ihre Sicherheit erhöhen. Ich wünsche auch nicht, daß Sie den Flug allein unternehmen. Sie können sich einen Mitfahrer wählen; ich gebe Ihnen in dieser Beziehung vollkommen freie Hand. Wen immer Sie mir bringen, er soll mir willkommen sein. Sie sind der Mann, zu dem ich vollstes Vertrauen habe, der meiner Ansicht nach unbedingt Erfolg haben wird und muß.“

Dieter schlug in Reichlins dargebotene Rechte ein und das Abkommen war besiegelt.

Das war wirklich mal eine epochale Tat, die er da vor sich sah, als erster die Postflugverbindung von Deutschland über Irland, Grönland nach den Vereinigten Staaten zu eröffnen, deren Flugdauer, wenn alles glatt verlief, später durch Ausschaltung von Irland noch verkürzt werden sollte. Dieter war begeistert; als er aus Reichlins Zimmer trat, leuchtete die Freude aus seinen Augen und er fühlte eine ungebändigte Kraft in sich. Herrgott, war das Leben doch schön! Er war dem Schicksal dankbar, daß es ihm die Möglichkeit gab, etwas Großes zu vollbringen.

Wenn auch das Vorhaben für die Oeffentlichkeit noch nicht bestimmt war, seinen Berliner Freunden ein paar geheimnisvolle Andeutungen zu machen, konnte er sich doch nicht verkneifen.

Drei Tage später schickte er ein Telegramm, mit dem er Rudi nicht nur seine Ankunft anzeigte, sondern ihn bat, sich unter allen Umständen für längere Zeit freizumachen, da er dringend mit ihm zu sprechen habe.

Bei seinem Eintreffen im Tempelhofer Flughafen erwarteten ihn Rudi sowie auch Elli, die von diesem verständigt worden war.

Nach herzlicher Begrüßung gingen sie zusammen auf Dieters Wunsch ins Flughafenrestaurant. Erwartungsvoll harrten seine Berliner Freunde der großen Neuigkeit, die Dieter für sie in Bereitschaft hatte.

„Was ist denn nun eigentlich los, Dieter? Erst schreibst du uns einen Brief, der übervoll ist von rätselhaften Andeutungen und jetzt kommst du selbst aus deinem Provinznest hergeeilt?“

„Geduld, mein Junge! Gestatte, daß ich mich erst mal nach eurem Befinden erkundige und nach dem, was ihr hier treibt. Bitte, Fräulein Brunke, beginnen Sie! Wie gefällt es Ihnen bei der Weltfilm A.-G.? Macht es Ihnen noch immer Spaß, mit diesem ruhelosen Flimmerfritzen umherzujagen?“

„Ich finde es sehr amüsant und bin Ihnen dankbar, daß Sie mir durch Ihren Verzicht und, wie ich sehr wohl weiß, durch Ihre Empfehlung zu dieser Tätigkeit verholfen haben.“

„Es freut mich, daß ich Ihnen damit einen Gefallen habe tun können, und daß Ihnen die Zusammenarbeit mit meinem lieben Rudi Vergnügen macht. Hoffentlich bleibt es auch weiterhin so.“

„Das klingt ja gerade, als ob dich Zweifel plagten,“ fiel Rudi ein. „Gibt es wohl ein schöneres Arbeitsgebiet? Außerdem leisten wir kulturell wertvolle Dienste und werden sogar in absehbarer Zeit eine große Sache vollbringen, wir wissen nur im Augenblick noch nicht, wohin wir starten sollen.“

„Da wäre ich euch um eine Nasenlänge voraus! Ich für meinen Teil weiß nämlich schon, wohin!“

Die beiden sahen Dieter fragend an. Der schmunzelte und nickte.

„Nun aber endlich heraus mit der Sprache!“ forderte ihn Rudi auf.

„Ich will euch nicht länger auf die Folter spannen. Hört zu! Ich soll für die Reichlin-Werke die Flugverbindung nach Nordamerika über Irland und Grönland einweihen.“

Mit aufgerissenen Augen starrten Elli und Rudi Dieter an. Das war allerdings eine Nachricht von unerhörter Großartigkeit; ihnen blieb das Wort im Munde stecken. Doch dann gratulierten sie ihm herzlichst.

Rudi war reineweg aus dem Häuschen vor lauter Begeisterung. Doch plötzlich verstummte er und sah Dieter vorwurfsvoll an.

„Weißt du, eigentlich habe ich gar keinen Grund mich so zu freuen, viel eher einen zum blau ärgern, weil du mit dieser Nachricht herauskommst, ohne sofort die Aufforderung an mich zu richten dich zu begleiten!“

„Aber bester Rudi,“ erwiderte ihm Dieter, „wie konnte ich denn ahnen, daß du dazu entschlossen sein würdest. Außerdem sollen nur zwei Mann den Flug ausführen, die sich in der Bedienung der Maschine abwechseln. An einen Passagier ist überhaupt nicht gedacht worden, und ich bezweifle, daß Reichlin dazu seine Genehmigung geben wird.“

(Fortsetzung folgt.)